Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 47 (2021)

Heft: 2

Artikel: Die Wissenschaft unterstützt gerne - entscheiden muss die Politik

Autor: Sturm, Jan-Egbert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-966144

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Wissenschaft unterstützt gerne – entscheiden muss die Politik

Jan-Egbert Sturm*

Was auf den ersten Blick so offensichtlich erscheint, ist es aber nicht immer. Die Wissenschaft, so auch die Volkswirtschaftslehre, soll uns vor allem dabei helfen zu verstehen, wie unsere Welt funktioniert. Die Pandemie hat wieder einmal gezeigt, wie wenig wir noch immer von dieser Welt und ihren Bewohnern verstehen. Die Lernmomente in dieser Pandemie waren zahlreich und vielfältig und auch heute gibt es noch vieles, worauf wir bislang keine vollständigen und endgültigen Antworten haben. Zu diesen Themen weiter zu forschen und die Entscheidungsträger auf allen Ebenen über neue Erkenntnisse zu informieren, sollte das Ziel bleiben. Dieser Grundhaltung der sogenannten positiven Wissenschaft stünde die normative Wissenschaft, in der Empfehlungen basierend auf Wertvorstellungen formuliert werden, entgegen. Wir alle haben unsere Meinung über das, was fair und gerecht ist – auch die Forscher. In einer idealen Welt sollte unsere Meinung über den üblichen politischen Diskurs zur Geltung gebracht werden. Wenn man könnte, müsste man die normativen Aussagen des Forschers unterscheiden von seinen oder ihren positiven Aussagen. So hat der Soziologe Max Weber in seinem Wertfreiheitspostulat die ideale Welt der Wissenschaft charakterisiert. Doch einfacher gesagt als getan.

* KOF Swiss Economic Institute, ETH Zürich, Leonhardstrasse 21, 8092 Zürich.

E-mail: *sturm@kof.ethz.ch*
https://kof.ethz.ch/sturm
https://orcid.org/0000-0002-9421-5736

Jan-Egbert Sturm, PhD (Economics from the University of Groningen, the Netherlands, in 1997), is Professor of Applied Macroeconomics at the ETH Zurich and Director of KOF Swiss Economic Institute since 2005. Previously: Professor of Economics specializing in the field of macroeconomics and monetary policy, Center for Economic Studies, University of Munich, Germany, and Head of Economic Forecasting and Financial Markets at the Ifo Institute for Economic Research, Munich, Germany (2001). Professor of Economics specializing in the field of monetary economics in open economies, Department of Economics, University of Konstanz, Germany, and Director of the TWI Thurgau Institute of Economics, Kreuzlingen, Switzerland (2003). He is Editor of the European Journal of Political Economy and member of several advisory committees in Switzerland and abroad. In his research, he relies heavily on empirical methods and statistics, focusing on macroeconomics, monetary economics, and political economy, with particular interest in areas closely related to practical and current issues. He is currently vice-president of the Swiss National Covid-19 Science Task Force mandated by the Federal Department of Home Affairs and the Federal Office of Public Health.

Photo: https://kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/medien/medienfotos.html

Im Gegensatz zum nationalen Pandemie-Schulterschluss im Frühling 2020 können wir seit dem vergangenen Sommer ein politisches Seilziehen beobachten. Der Streit dreht sich um die Frage, wie viele persönliche und wirtschaftliche Einschnitte nötig sind, um das Coronavirus und seine Ausbreitung unter Kontrolle zu bringen oder auch zu halten. Ein Symbol für diesen Streit ist die umstrittene Maskenpflicht, welche Gegner der Corona-Massnahmen als Maulkorb verstehen, deren medizinischer Nutzen aber nicht von der Hand zu weisen ist. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit ist nicht immer einfach, schon allein deshalb, weil sich Freiheitsverluste nur schwer quantifizieren lassen und es auch über den Nutzen einiger nicht-pharmazeutischer Interventionen, wie beispielsweise einer Ausgangsperre in der Wissenschaftscommunity, noch keinen Konsens gibt.

Die Wissenschaft ist dabei gegen Vereinnahmungsversuche nicht gefeit. Meinungsträger berufen sich auf wissenschaftliche Studien, die ihre Sichtweisen unterstützen. Medien versuchen einerseits alle Seiten zu beleuchten, anderseits Schlagzeilen zu produzieren. Beide Wege neigen dazu, Konsensmeinungen und -befunde in der Berichterstattung zu unterrepräsentieren. So besteht die Gefahr, dass die tägliche Flut von Einschätzungen, Schicksalsberichten und Protestbekundungen in den Medien die Atmosphäre stärker als gewünscht aufheizt. Dazu gehört auch, dass wissenschaftliche Szenarien zu markigen Schlagzeilen aufgeblasen und über die schnelllebigen Sozialen Medien verbreitet werden. Das trägt aber selten dazu bei, einen Weg aus der Krise zu finden.

Auch wurden in manchen Boulevardzeitungen bisweilen Meinungen von Forschern gegeneinander ausgespielt. Dabei gehört aber – wie im politisch-demokratischen Diskurs – der Dissens zum Wesen der Wissenschaft. Wie der Philosoph Karl Popper schrieb, funktioniert wissenschaftlicher Fortschritt nur über das Prinzip der Falsifikation oder genauer gesagt der prinzipiellen Möglichkeit der Falsifikation (Falsifizierbarkeit). Wissenschaftliche Aussagen müssen nachprüfbar sein. Es ist also wünschenswert, wenn im wissenschaftlichen Diskurs Forscher die Beiträge von Fachkollegen kritisch unter die Lupe nehmen, Widerspruch anmelden und konkurrierende Theorien aufstellen. Das gilt umso mehr für noch nicht endgültig von Fachleuten begutachtete und in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichte

Arbeiten wie Working Papers oder Preprints, die gerade während der Corona-Krise schnell der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden mussten, um zumindest erste Tendenzen zu politisch relevanten Fragen, wie beispielsweise zur Ansteckung und Verbreitung des Virus, zu neuen Virusvarianten oder zu den ökonomischen Konsequenzen eines Lockdowns zu liefern.

Auch die empirische Forschung kann sich irren – deshalb ist die Reproduktion von Studien durch andere Forscher und der wissenschaftliche Diskurs zur Minimierung der Fehlerquote immanent wichtig. Nicht jede Fehleinschätzung ist gleich ein Skandal, aus dem man der Wissenschaft medial einen Strick drehen kann oder sollte. Die Methode «Versuch und Irrtum», um sich der Wahrheit allmählich anzunähern, ist zumindest in einer frühen Forschungsphase der Wissenschaft üblich. Und in der Corona-Krise hatten sowohl die Natur als auch die Sozialwissenschaften aufgrund der Neuartigkeit des Virus und der sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Krise wenig bis keine historischen Daten und damit Vorwissen, auf das sie zurückgreifen konnten.

Auch die Wissenschaft hat in dieser Krise dazugelernt. Oft mahlen die Mühlen in der Forschung recht langsam. So kann es manchmal Jahre dauern, bis ein Forschungspapier im Bereich der Volkswirtschaftslehre veröffentlicht wird. In der Corona-Krise wurden wir Forscher gezwungen, schneller Ergebnisse zu präsentieren und noch angewandter zu forschen. Da wir in einer Lage der Ungewissheit waren und teilweise noch sind, war Wissenschaft in der Politikberatung und in den Medien stark gefragt. Entsprechend musste sie unter Hochdruck arbeiten. So wurden mehrere Impfstoffe in Rekordzeit entwickelt – bis dahin undenkbar. Auch in der Ökonomie mussten wir unsere Schlagzahl erhöhen, um schnell Antworten auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Eindämmungsmassnahmen zu finden. Im Gegensatz zu anderen Disziplinen kennen wir Wirtschaftskrisen, wie die Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren oder die Finanzkrise im Jahr 2008/2009. Allerdings konnten wir nur bedingt auf unsere Vorerfahrungen aus zum Beispiel der Finanzkrise zurückgreifen. Denn der Vergleich der beiden Krisen hinkt auf vielen Ebenen: Die Ursachen der Krisen sind völlig unterschiedlich und die Corona-Krise trifft die breite Bevölkerung viel stärker, nicht nur wirtschaftlich.

Seit dem Ausbruch der Pandemie hat sich die Krise in der Schweiz fortlaufend verändert. Die Wissenschaft hat viele neue Erkenntnisse «on the go» gewonnen – virologisch, medizinisch und ökonomisch. So hat beispielsweise die KOF Konjunkturforschungsstelle völlig neue Indikatoren wie den Aktivitätsindikator, welcher die Mobilität und das Kaufverhalten der Schweizer Bevölkerung misst, entwickelt, um die wirtschaftliche Dimension der Corona-Krise besser zu verstehen. Auch der Rhythmus der Konjunkturforschung hat sich rapide beschleunigt. Während die KOF vor der Pandemie ihre Prognosen vierteljährlich berechnet hat, musste sie durch die Pandemie mit ihrem dynamischen Infektionsgeschehen und den einschneidenden politischen Interventionen zwischenzeitlich auf eine fast monatliche Frequenz umstellen. Die höhere Frequenz hat sich auch teilweise in der Benutzung von Tages und Wochendaten niedergeschlagen. Da diese Krise auch gezeigt hat, dass sich kollektives Wissen viel schneller entwickeln kann als das jedes Einzelnen, stellt die KOF diese neuen Datenquellen über ihre Plattformen, wo immer möglich, der Forschungsgemeinschaft zur Verfügung. Evidenzbasierte Forschung ist nur mit den richtigen und ausreichenden Daten möglich. So konnte sie auch neue Produkte wie den KOF WBI, einen wöchentlichen Indikator für das Bruttoinlandprodukt der Schweiz, entwickeln und z.B. TrendEcon bei der Bereitstellung von täglichen Wirtschaftsindikatoren auf Basis von Google-Suchen in der Schweiz unterstützen.

Die Herausforderung war dabei, dass wir teilweise gar nicht auf die herkömmlichen, klassisch ökonomischen Indikatoren zurückgreifen konnten. Aufgrund der Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft wurden diese unbrauchbar oder wurden aufgrund fehlender Daten nicht mehr veröffentlicht. Also mussten wir kreativ werden. Um den privaten Konsum berechnen zu können, haben wir beispielweise das Transaktionsvolumen an Bargeldbezügen mit Debitkarten, Zahlungen im Präsenzgeschäft mit Debitkarten sowie Zahlungen mit Kreditkarten im Distanz und Präsenzgeschäft in unsere Modelle einfliessen lassen. In normaleren, d.h. ruhigeren Zeiten liefern diese Daten aufgrund ihrer hohen Volatilität kaum verlässliche Signale, auf die man sich bei der Erstellung von volkswirtschaftlichen Prognosen stützen kann. Aufgrund des Ausmasses der Krise und der Schnelligkeit, mit der diese Daten geliefert werden können, war dies im vergangenen Jahr anders.

Während des gesamten Jahres hat die KOF laufend ihre bestehenden Modelle angepasst und neue entwickelt. Viele ökonomische Erfahrungswerte mussten wir zumindest hinterfragen. Schon Anfang April letzten Jahres haben wir ein auf die Corona-Zeit zugeschnittenes Basismodell für Konjunkturprognosen entwickelt, das wir dann im Laufe der Zeit immer weiter verfeinert und optimiert haben. Heute haben wir fast schon Routine bei der Erstellung von Konjunkturprognosen in Corona-Zeiten.

Wir waren während der Pandemie ständig gezwungen, mit verschiedenen Szenarien zu arbeiten. Das sind wir zwar grundsätzlich gewohnt, da es immer politische Unsicherheitsfaktoren, wie zum Beispiel den Brexit, gibt. Doch die Unsicherheit war historisch betrachtet noch nie so hoch wie im letzten Jahr. Diese Szenarienrechnungen bieten Entscheidungsgrundlagen. Sie sollen der Politik aufzeigen, wie sie die Corona-Pandemie und deren gesamtwirtschaftliche Schäden eindämmen könnten. Szenarien sind aber ganz ausdrücklich keine Prognosen. Das wird allein schon dadurch deutlich, dass Wissenschaftler in der Regel Szenarien aufstellen, die sich logisch ausschliessen und gar nicht gleichzeitig eintreffen *können*. Das heisst, dass beispielsweise bei der Aufstellung von drei Szenarien die Annahme besteht, dass zwei definitiv nicht eintreten werden. Dennoch werden Szenarien in der Öffentlichkeit oft als Prognosen wahrgenommen. Dabei ist aber oft das Ziel solcher Szenarien, dass sie nicht eintreten sollen. Das heisst Szenarien haben mitunter einen warnenden oder pädagogischen Charakter nach dem Motto «Wenn wir uns für Option x entscheiden, tritt mit grosser Wahrscheinlichkeit Zustand y ein». Wenn beispielsweise ein Arzt einem Patienten mit einem hohen Krebsrisiko rät, mit dem Rauchen aufzuhören und dieser den Rat annimmt, spricht es nicht gegen den Arzt, wenn der Patient gesund bleibt. Der Arzt hat dann keine falsche Empfehlung oder Prognose abgegeben. Denn gerade der Rat, mit dem Rauchen aufzuhören, hat ihn möglicherweise vor einer Krebserkrankung geschützt. Das Aufzeichnen von Szenarien kann also zu Verhaltensänderungen führen, die gerade eben ihre Realisierung verhindern – das Präventionsparadox.

Nicht nur ist die Pandemie selbst schwer vorhersagbar. Auch die Art und Weise, wie die Gesellschaft und die Politik mit ihr umgehen, wandelt sich ständig. Im Land der Initiativen und Referenden erleben wir, was öffentliche Kampagnen für die individuelle Wahrnehmung und das Verhalten bedeuten.

Für Prognosen und Szenarienrechnungen braucht es transparent deklarierte Annahmen. So beispielsweise bezüglich der epidemiologischen Entwicklung der Virusmutation B.1.1.7 (Alpha-Variante) in Grossbritannien oder der Virusmutation B.1.617 (Delta-Variante) in Indien. Oder die Wertberechnungen aus gewonnenen Lebensjahren durch die Verhinderung von Corona-Todesfällen, wie sie in der Schweiz als anerkannter Richtwert für die Zahlungsbereitschaft bei Unfall- und Gesundheitsrisiken angewendet werden. Auch wenn diese Zahlen nicht in Stein gemeisselt sind, erlaubt es uns wissenschaftlich deutlich weiter zu gehen als rein auf Ideologie basiert zu argumentieren.

In anderen Fällen fehlen Zahlen oder sind mit so grosser Unsicherheit behaftet, dass sie kaum objektiv miteinbezogen werden können: etwa bei den psychischen Folgen der Gesundheitskrise oder ihrer Gegenmassnahmen. Auch Kollateralschäden eines Zusammenbruchs der Gesundheitsversorgung haben für Wirtschaft und Gesundheit kaum beziffer-bare Folgen. Erst später zeigen sich die gesundheitlichen Schäden der Betroffenen bei den tausenden Wahleingriffen, die verschoben wurden, um die nötig gewordenen Kapazitäten für COVID-Erkrankte in Spitälern bereitstellen zu können. Trotzdem müssen solche nichtquantifizierbaren Folgen in der Debatte über politische Handlungsoptionen auch in die Kosten-Nutzen-Kalkulation einfliessen. Die Wissenschaft soll sich dabei nicht hinter den nackten Zahlen und theoretischen Modellen verstecken. Auch wenn sie oftmals auf die Defizite von rein mathematischen Modellrechnungen hinweisen werden, zeigt die Erfahrung, dass dies durch die Medien und damit die breitere Öffentlichkeit regelmässig nicht genügend aufgenommen wird. Die Wissenschaft muss weiterhin Wege finden, die oft sehr viel nuanciertere Interpretation ihrer Ergebnisse als in den Medien dargestellt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Genauso wie es möglichst realistische Szenarien braucht, in denen davon ausgegangen wird, dass Politik und Gesellschaft reagieren, braucht es solche, die aufzeigen, was passieren könnte, wenn man nicht handelt. Voraussetzung hierfür sind aber gesellschaftliche Ziele, mit denen die Wissenschaft arbeiten kann. Ohne Ziele ist es kaum möglich, Strategien auszuarbeiten und Szenarien zu berechnen. In dieser Kombination kann die Wissenschaft einen sachdienlichen Beitrag leisten. Es kann aber nicht ihre Aufgabe sein, diese Ziele zu definieren – oder wie es Max Weber sagte: «Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er soll, sondern nur, was er kann und – unter Umständen – was er will.» Um im Bild des Arzt-Beispiels zu bleiben: Der Patient kann den Rat des Arztes, mit dem Rauchen aufzuhören, auch ablehnen. Das mag unter Umständen sogar rational sein, wenn er seine Gesundheit geringer gewichtet als das Vergnügen des Rauchens. Doch genau diese normative Wertung kann die Wissenschaft der Politik nicht abnehmen.

Allenfalls die Philosophie als nichtempirische und bis zu einem gewissen Grad normative Wissenschaft kann durch Gedankenexperimente und Rückgriff auf moralphilosophische Grosstheorien Standards für die ethische Beurteilung von politischen Handlungsoptionen aufzeigen. Auch dem Ethikrat kommt eine solche Aufgabe zu. In der Ökonomie sind dagegen Werturteile sozusagen exogene Variablen, die als Präferenz in ökonomische Modelle einfliessen.

Aufgabe der empirischen Wirtschaftswissenschaften kann es somit nur sein, durch möglichst akkurate Modellberechnungen die wirtschaftlichen Folgen von politischen Handlungsoptionen aufzuzeigen und auf mögliche wirtschaftliche Risiken wie Inflation, Arbeitslosigkeit oder Konkurse aufmerksam zu machen.

Für die Zukunft muss es daher das Ziel sein, dass jeder und jede seine oder ihre Rolle in der Gesellschaft aufrichtig einnehmen kann. In Bezug auf die Medien wünschte ich mir, dass diese den Kompass und die Leitlinien nicht aus den Augen verlieren. Ist es in einer solchen Krise sachdienlich, im News-Tempo Reflexionstiefe zu opfern und Nachrichten nur nach Clickzahlen zu bewerten?

Die Medien haben gerade in der Corona-Krise eine besonders verantwortungsvolle Rolle. Was eine Inzidenz, eine Virusmutation oder eine exponentielle Vermehrung ist, haben die meisten Bürger aus dem Massenmedien erfahren, sei es im Fernsehen, im Radio, in Print- oder Online-Medien. Auch im digitalen Zeitalter gilt in Bezug auf die Pandemie das mittlerweile fast klassische Diktum von Niklas Luhmann: «Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Medien.» Wissenschaftliche Erkenntnisse erreichen in der Regel die Bevölkerung nicht in der direkten Kommunikation vom Wissenschaftler zum Bürger, sondern über den Umweg der Medien. Dabei sollen und müssen wissenschaftliche Erkenntnisse durchaus vereinfacht und in ihrer Komplexität reduziert werden. Ein Überdramatisieren und eine Panikmache helfen uns aber als Gesellschaft genauso wenig weiter wie ein pauschales Wissenschafts-Bashing – zumal es *die* Wissenschaft nicht gibt, sondern fast immer konkurrierende Theorien und Methoden (siehe oben), die sich darüber im Wettstreit befinden, wie sich die Welt am besten verstehen und voraussagen lässt. Auch in den Medien sollte die in vielen Online-Medien aufgeweichte Unterscheidung zwischen Nachricht und Meinung wieder stärker eingehalten werden.

In Bezug auf die politische Arena setzt ein sinnvoller und fruchtbarer Diskurs voraus, dass die verschiedenen Stakeholder klar benennen, welche materiellen und menschlichen Opfer sie bereit sind, in Kauf zu nehmen. Welche sind zu kompensieren? Was befindet sich auf den Waagschalen der gesellschaftlichen Güterabwägung? Das ist die relevante Debatte. Farbe bekennen ist angesagt. Anders als in der Wissenschaft kann ein gesellschaftlicher Diskurs nicht ohne Werturteile funktionieren. Und deshalb sollten diese Werturteile nicht nur implizit in der Argumentation versteckt sein, sondern explizit offengelegt werden. Nur dann haben die empirischen Wissenschaften einen klaren Rahmen, an dem sie sich orientieren können. Und auch die Bürger brauchen diese Transparenz, um ihre Wahlentscheidungen zu treffen.

Die Wissenschaft unterstützt und hilft gerne, entscheiden muss die Politik. Damit will sich die Wissenschaft gerade nicht aus der Verantwortung stehlen, sondern ihrer gesellschaftlichen Rolle gerecht werden. ■